

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschiff
Tageblatt
Gemein Nr. 20.
Postfach Nr. 52.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachamt:
Dresden 1530.
Verleger:
Riesa Nr. 52.

Nr. 103.

Dienstag, 5. Mai 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; getraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erstattet, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Anzeigenpreise: 100 Gold-Pfennige. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei: der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Riesa; für Anzeigentell: Wilhelm Dietrich, Riesa. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Niekemann, Riesa.

Die Zuspitzung der diplomatischen Lage.

Der französische Ministerpräsident Cabal hielt gestern am letzten Sonntag, unmittelbar vor dem Wiederzusammentritt der Kammer, die am Dienstag ihre Arbeiten wieder aufnimmt, in Courneuve eine Rede, in der er den Staatsmännern Deutschlands und Österreichs seinen geringeren Vortritt als den macht, daß ihre Politik eine Zuspitzung der internationalen Beziehungen herbeiführt. Diese Politik hätte tiefgehende Gefühle der Bitterkeit in Frankreich ausgelöst und Mißverständnisse herbeigeführt, die nicht bestehen bleiben könnten. Derartige Handlungen, wie der deutsch-österreichische Vorvertrag zwecks Abschluß einer Kollunion, könnten nicht gebildet werden.

Diese Sprache des französischen Ministerpräsidenten, der sich hiermit geradezu als Diktator Europas aufstellt, läßt an Deutschland absolut nichts zu wünschen übrig. Wird doch den verantwortlichen Männern in Berlin und Wien hiermit in ganz unverblümlter Weise gesagt, daß ihre Bestrebungen auf Vermittlung der deutsch-österreichischen Kollunion von den Franzosen nicht gebilligt werden. Was wollen aber die Franzosen machen, wenn man in Berlin und Wien gleichwohl an den Grundlinien des Vorvertrages festhält und geradlinig weiterarbeitet, um eines Tages doch die Kollunion durchzuführen? Es ist keine Frage, daß die Rede des französischen Ministerpräsidenten Cabal in unserer Wilhelmstraße sehr verstimmt. Wo ist Telegramm-Büro ließ diese Rede, was die deutsche Presse auch nicht ohne Erläuterungen an die deutsche Presse gehen. Die Behauptungen Cabals, die wir einleitend wiedergeben, werden als „vollkommen unverständlich“ charakterisiert. Ueberdies wird erneut festgestellt, daß das deutsch-österreichische Gelingen vollkommene im Einklang mit den bestehenden Verträgen und Abmachungen steht. Dies ist offenbar richtig. Vängst ist auch kein Geheimnis mehr, daß die englischen Kronjuristen den Wiener Vorvertrag überprüften und zu dem Ergebnis gelangten, daß er seinem Wortlaut nach völlig mit dem Genfer Protokoll im Einklang steht. Die Franzosen und ihre Verbündeten haben bis heute, was bisher bei uns viel zu wenig beachtet wurde, auch noch nicht ein einziges Mal den Versuch gemacht und den Nachweis zu erbringen gesucht, daß der deutsch-österreichische Vorvertrag mit den bestehenden Verträgen tatsächlich im Widerspruch steht. Man kann deshalb schon mit einiger Spannung den Genfer Verhandlungen des Paneuropäischen Ausschusses und des Völkerbundsrats entgegensehen.

Ministerpräsident Cabal hätte Europa einen Dienst erwiesen, wenn er das wirtschaftliche Sanierungsprogramm der Franzosen der Öffentlichkeit unterbreitet hätte. Leider geschah das nicht. Was er wirklich sagte, war wenig, so wenig, daß wir auch nicht einen einzigen neuen Gedanken hörten. Nicht einmal eine neue Formel! Die deutsche Reichsregierung hat deshalb schon recht, wenn sie die Auffassung vertritt, daß wir bei der ungeheuren Arbeitslosigkeit, die in zahlreichen europäischen Ländern herrscht, nur endlich aus den theoretischen Erörterungen herauskommen und praktisch schnell wirkende Maßnahmen ergreifen. Dielem Ziele dient der deutsch-österreichische Kollusionsplan, heißt es in der halbamtlichen Verlautbarung, der völlig im Sinne der Briand'schen Europapolitik einer Wirtschaftsentente gelegen ist, die ausgedehnt und von vornherein auch auf andere Staaten ausgedehnt werden soll. Der Gegenstand der Berliner Wilhelmstraße gegen die Verwahrungen des französischen Ministerpräsidenten ist hiermit gegeben.

Es kommt ihm in dieser Stunde eine besondere Bedeutung zu, weil am Montag in Bukarest die Kleine Entente zusammentrat. Der tschechische Außenminister Dr. Beneš wird, wie wir wohl wissen, alles daran setzen, um Rumänien und Südwesten für seine französisch-österreichischen Thesen zu gewinnen und die Kleine Entente auf einen gemeinsamen politischen Kenner zu bringen. Erreicht Dr. Beneš sein Ziel, dann wird die Kleine Entente auf den bevorstehenden Genfer Tagungen geschlossen auftreten und gegen den Abschluß einer deutsch-österreichischen Kollunion entschiedene Verwahrungen einlegen. Nach den Pressestimmen, die wir in den letzten Wochen aus Bukarest und Belgrad vernahmen, insonderheit auch nach den Erklärungen hervorragender rumänischer und südwestlicher Wirtschaftsführer, muß aber doch bezweifelt werden, daß Dr. Beneš in Bukarest die Erfüllung aller seiner Wünsche erlebt. Für seinen Erfolg oder Mißerfolg entscheidend sind jedenfalls die neuen wirtschaftspolitischen und finanzpolitischen Pläne und Versprechungen der französischen Regierung, die Dr. Beneš in seiner Astenatische nach Bukarest brachte. Da die Rumänen dem tschechischen Außenminister aber mißtrauen, haben sie selbst ihren geschicktesten Diplomaten, Herrn Titulescu, nach Paris geschickt, um dort auszuhandeln, was bei dem diplomatischen Handel dieses Frühjahres für Rumänien herauszuholen ist.

Die Politik wird zum Geschäft. Das ist nicht nur auf dem Balkan so. Nachdem sich jetzt die englisch-französisch-italienischen Flottenverhandlungen nahezu völlig zerlegt haben, rückt die italienische Presse mit der Sprache und ihrem Urteil über die deutsch-österreichischen Kollusionsbestrebungen, klarer als bisher, heraus. Die römische „Tribuna“ rückt vollkommen von dem deutsch-österreichischen Kollusionsgedanken ab und schlägt den Österreichern vor, mit den Ungarn eine Kollunion einzugehen. Uns Deutschen jagt die „Tribuna“, daß die Kollunion mit

Der Kampf um den Brotpreis.

vda. Berlin. Der Reichsernährungsminister ist durch das Vorgehen der Berliner Bäckermeister, die den Brotpreis wieder auf 50 Pfg. erhöht haben, überrascht worden. Die Reichsregierung ist bekanntlich schon mit Ermäßigungen befaßt, wie die Brotpreiserhöhung hinstangehalten werden und auch wieder rückgängig gemacht werden könne. Ein Abschluß der in Erwägung gezogenen Maßnahmen liegt aber, wie wir hören, noch nicht vor. Die Maßnahmen werden sich in der schon bekannten Richtung bewegen, daß die Ausmahlungsquote für Roggen auf 70 Prozent erhöht wird, was immerhin für das Kilogramm Brot eine Preisermäßigung von 1 bis 2 Pfg. ausmacht, daß ferner die Zusammenfassung des Roggenbrottes neu geregelt wird und Verhandlungen der Weizenmüller und der Bäcker eine Erleichterung der Weizenmühle, die mit Vollerzeugnissen verbunden ist, tatsächlich dem Konium zugute kommt. Ferner soll ein gewisser Einfluß der restlichen Weizen an Roggen der staatlichen Stützungsstellen in Frage kommen. Es gibt übrigens, wie zur Verhütung hervorgehoben wird, auch noch Brotfabriken und Bäder, auch in Berlin, die den Brotpreis nicht hinaufgesetzt haben. Von den Tarifverhandlungen über Lohnsteigerungen im Bäckereigewerbe wird unter Umständen auch ein erleichternder Einfluß auf die Preisgestaltung erwartet. Die Preis-

spanne, die jetzt den Bäckern zugute kommt, stammt aus der Zeit der Hochkonjunktur. Ueber eine evtl. Aufhebung des Nachtbrotverbotes sind die Beratungen im Gange; Beschluß darüber hat das Reichskabinett zu fassen. Dies ist bisher noch nicht geschehen, und es kann daher noch nicht übersehen werden, wie diese Frage entschieden werden wird. Eine Einwirkung auf die Bäcker mit Hilfe der Kartellverordnung kann nur vom preussischen Handelsministerium ausgeht werden; auch darüber schweben Verhandlungen.

Ein Brottest gegen die Brotpreiserhöhung.

Der Deutsche Städteitag an die Reichsregierung. (Berlin. Der Deutsche Städteitag hat anerkennend der beabsichtigten weiteren Brotpreiserhöhung in Berlin seine Vorstellungen bei der Reichsregierung erhoben. Er hat mit allem Nachdruck die Erwartung ausgesprochen, daß im Interesse der notleidenden Bevölkerungskreise in den Städten unter allen Umständen eine weitere Brotpreiserhöhung verhindert werde, und nunmehr mit größter Beschleunigung alle Maßnahmen ergriffen würden, um die letzte Erhöhung rückgängig zu machen.

Vor grundsätzlichen Entscheidungen kein Drei-Männer-Kollegium

Berlin 3. Mai. Ein Berliner Montagblatt wollte wissen, daß vom Reichskabinett ein Drei-Männer-Kollegium eingeleitet worden sei, das die nächsten Entscheidungen der Regierung vorzubereiten habe. Wie wir erfahren, ist kein derartiger Beschluß gefaßt worden.

Es liegt in der Natur der Sache, daß der Reichskanzler, der Finanz- und der Arbeitsminister an den aktuellen Aufgaben besonders interessiert sind, und so ergibt sich von selbst eine enge Zusammenarbeit zwischen diesen Stellen. Man braucht nur daran zu erinnern, daß es diese drei Minister waren, die sich während der Weihnachts- und Neujahrspause in Freiburg zu der bekannten Besprechung getroffen hatten; um die damals drängenden Fragen zu erörtern. Ihr Zusammenwirken ist also nicht erst jetzt bedingt.

Auch heute wieder stehen die Finanz- und sozialpolitischen Fragen im Vordergrund. Die Besprechungen drehen sich in erster Linie um die Deckung des Reklbetrages im Reichshaushaltsplan und um die Sanierung und Sicherung der Arbeitslosenfürsorge, der Reichsknappschafft usw.

Wie in politischen Kreisen verlautet, hat der Reichsfinanzminister bereits eine Reihe von Spar- und Deckungsvorschlägen ausgearbeitet und den beteiligten Stellen zur Prüfung vorgelegt. Die endgültige Entscheidung dürfte jedoch erst fallen, wenn das Kabinett sich über die Grundsätze klar geworden ist, nach denen seine Politik weitergeführt werden muß.

Wie man weiß, haben die einzelnen Minister bei der Wiederaufnahme der Kabinettsarbeiten nach der Osterpause zunächst darüber berichtet, wie sich die Lage auf ihrem Spezialgebiet inzwischen verändert hat. Es ist nur logisch, daß das Kabinett, ob diese Entwicklung Veranlassung gibt, grundsätzliche Entscheidungen zu treffen. Das bezieht sich z. B. auf die Frage, ob die Senkungspolitik fortgesetzt oder nun zum Abschluß gebracht werden soll, um organisch von anderen Maßnahmen abgelöst zu werden, die geeignet sind, eine Belebung der Wirtschaft herbeizuführen. Erst wenn über solche grundsätzliche Frage Klarheit geschaffen ist, wird sich bestimmen lassen, in welcher Art die Deckung zu erfolgen hat, da sie sich natürlich in den großen Rahmen der Kabinettspolitik einfügen muß.

In politischen Kreisen nimmt man an, daß diese Klärung verhältnismäßig bald herbeigeführt wird, zumal der Reichsfinanzminister Dietrich durch seine bisherige zielbewusste Politik bewiesen hat, daß er mit aller Energie bemüht ist, die Ordnung der Reichsfinanzen zu sichern.

Roggenstützungsaktion und Spekulation.

vda. Berlin. Der Reichstagsuntersuchungsausschuss für die Roggenstützungsaktion behandelte am Montag die Frage, wie weit die Spekulation infolge der Stützungsaktion

Österreich uns schlecht bekommen würde. Wir hätten in Europa eine „Mission der Zivilisation“ zu erfüllen, die ihren Ausbruch fände in hervorragenden Werken des Friedens, vornehmlich aber in der Wissenschaft, in der das deutsche Volk auf allen Gebieten und Zweigen so Hervorragendes geleistet hätte. Wir kennen diese Melodien, müssen

der Regierung im Roggengeschäft mühelos Gewinne habe erzielen können. Auf Wunsch der Nationalsozialisten war hierzu ein Hamburger Händler namens Kruse als Zeuge geladen worden. Bei seiner Vernehmung kam es heute zu heftigen Zusammenstoßen im Ausschuss. Abgeordnete der Rechten erhoben nämlich auf Grund der Aussagen dieses Zeugen gegen den Abteilungsleiter der G. G. Sinafohn den Vorwurf des Meineides. Sinafohn sollte gelegentlich eines Geschäftsabchlusses mit Kruse geäußert haben, der Artikel „Roggenloast“ des Ministers Schiele sei Schwindel. Schließliche erklärte jedoch Kruse selbst, er habe unter dem Eindruck gestanden, die Kennerung Sinafohns „Glauben Sie denn an den Schwindel?“ habe sich auf die Maxillare bezogen, nicht aber auf den Artikel des Ministers. Abgeordneter Stubbendorf (Dnat.) erklärte er habe bereits Vorberichtigungen für Anträge bei der Staatsanwaltschaft getroffen. Abg. Danemann (Dnat.) äußerte sogar: Herr Sinafohn, wenn Sie jetzt vor dem Strafgericht ständen, würden Sie sicher in Untersuchung gezogen werden.

Der zweite Zusammenstoß ereignete sich bei Erörterung der Frage, ob die Geschäfte mit der Spekulation zu unterlassen sein sollten. Der Direktor der D. G. D. Roszuffel wehrte sich gegen den Vorwurf, daß mit Verhättern von Schluschein ein Verzug verbunden gewesen sei. Er erklärte, es handele sich hier um eine ganz inoffizielle Sache gegen einzelne Personen. Der Nationalsozialist Koch sprang darauf erregt auf und verbat sich einen solchen Vorwurf gegen Abgeordnete. Der Vorsitzende Dr. Weber suchte zu vermitteln und Zeuge Roszuffel erklärte ausdrücklich, daß sein Vorwurf nicht gegen den Abg. Koch gerichtet habe. Koch rief trotzdem nochmals mit Heftigkeit: Das ist eine Unverschämtheit! Auf eine weitere, ganz allgemein gehaltene Bemerkung Roszuffels erwiderte von den Nat.-Sozialisten Herr der Hut: Er hats Maul zu halten!

Zu Beginn der gestrigen Sitzung verwies Abg. Puh (Dnat.) an Hand der Sitzungsprotokolle auf angebliche Widersprüche in den Erklärungen des Ministers Dietrich und des Reichskommissars Dr. Baade. Er glaubte Divergenzen des Roggenweltmarktes feststellen zu können. Die Diskussion über diese Vorwürfe soll erst fortgesetzt werden nachdem die Ausführungen des Abg. Puh dem Ausschuss schriftlich vorliegen. Vorsitzender Dr. Weber verlas einen Bericht der G. G., aus dem hervorgeht, daß diese Gesellschaft gelegentlich von Vollerzeugnissen keine wesentlichen Vorkaufungen von Weizen und Gerste vorgenommen hätten. Eine sehr lebhaft ausgesprochene Entwidlung über die Frage, ob während der Stützungsaktion überhaupt eine Spekulation stattgefunden habe, die verschiedenen Sachverständigen beauftragten hierzu keine einheitliche Meinung. In diesem Zusammenhang kam Abg. Stubbendorf (Dnat.) auf die von Dr. Baade in der letzten Sitzung gemachte Mitteilung wegen des Verkaufs von Kartoffelflocken mit Gerstebeizung zurück und erklärte, daß durch die plötzliche Umänderung der Verkaufsbedingungen und die sehr rasch darauf erfolgte Einstellung des Verkaufs innerhalb einer Stunde ein Wertunterschied von zwanzig Mark je Tonne Kartoffelflocken plus Beizungsmehl für zwei Tonnen Gerste entstanden sei. Nach einem Darfhalten bei das System idiotisch, das solche mühelosen Gewinne ermöglichte.

Eine Reihe weiterer Vorwürfe, die in Verbindung mit den Bekundungen des Zeugen Kruse, insbesondere die Kostroggenverkäufe der D. G. D. begm. G. G. betreffend, erhoben wurden, sollen in den nächsten Sitzungen des Ausschusses geklärt werden.

die Römer aber darauf aufmerksam machen, daß das „Volk der Dichter und Denker“ längst aus seinen Träumen erwachte und daß es nicht in der Lage ist, den anderen Völkern allein „die Güter des Erbes“ zu überlassen, zumal diese von ihm jährlich etwa 2 Milliarden Kriegentschädigungen fordern.